



Landkreistag Rheinland-Pfalz

Wie kann der Klimaschutz in Kommunen vom geänderten Rahmen profitieren?

**Impuls durch den Landkreistag Rheinland-Pfalz
Dr. Daniela Franke, Geschäftsführende Direktorin**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchte ich mich bei den Veranstaltern für die Einladung und die Möglichkeit, zu der Thematik aus Sicht eines kommunalen Spitzenverbandes Stellung nehmen zu können, sehr herzlich bedanken.

Dass der Klimaschutz als wichtiges Ziel in den Konjunkturpaketen berücksichtigt wurde, ist voll und ganz zu begrüßen. Die Corona-Pandemie stellt uns vor immense Herausforderungen, die ganz erhebliche Auswirkungen auf unser Leben, auf unser Privatleben, unser Berufsleben, unser gesellschaftliches Leben hat, vor allem aber auf unser aller Gesundheit. Der Klimawandel - ich wage diese Prognose - wird unser Leben noch viel nachhaltiger verändern und beeinflussen. Den Klimaschutz massiv voranzutreiben, muss daher unser gemeinsames vordringliches Ziel sein, auch und gerade vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie.

Die Kommunen gehen im Klimaschutz schon seit langer Zeit mit großen Schritten voran. Nach einer Umfrage des Deutschen Landkreistages gibt es bundesweit in 77 % aller Landkreise bereits eine ausformulierte Strategie für den Klimaschutz, weitere 14 % sind dabei, sie zu erarbeiten. Dabei ist auch festzuhalten, dass vor allem der ländliche Raum einen prominenten Beitrag für den Klimaschutz leistet. Im ländlichen Raum befinden sich die meisten Anlagen für Windkraft, Bioenergie und Solarstrom. Diese Leistung ist nicht nur anzuerkennen. Um die erneuerbaren Energien weiter auszubauen, um die Verkehrswege zu schaffen, um Energie einzusparen und um sich gut auf den Klimawandel einzustellen und sich an ihn anzupassen, brauchen die Kommunen vielmehr Unterstützung. Vor allem finanzielle Unterstützung, denn Klimaschutzmaßnahmen sind als Investitionen zunächst einmal zu finanzieren. Im günstigen Falle zahlen sie sich im Laufe der Zeit aus und „amortisieren“ sich. Aber dazu später.

Die Konjunkturprogramme vom Bund und vom Land sehen an vielerlei Stellen finanzielle Verbesserungen und erhöhte Förderungen für Klimaschutzmaßnahmen vor. Wie können die Kommunen davon profitieren und welche Rahmenbedingungen braucht es hierfür?

Ich möchte hier einige Schwerpunkte der Konjunkturprogramme aufgreifen:

Da sind zunächst einmal die erweiterten Fördermöglichkeiten für die Kommunen. So werden etwa in einzelnen Programmen die Förderquoten erhöht, z. B. bei Programmen zum Radverkehr, oder - eine sehr gute Sache - unter bestimmten Voraussetzungen Vollfinanzierungen für finanzschwache Kommunen vorgesehen. Dass finanzschwache Kommunen für einzelne Fördermaßnahmen eine 100%ige Bezuschussung erhalten, begrüßen wir ausdrücklich,

denn diese Kommunen haben erhebliche Probleme damit, einen eigenen finanziellen Beitrag zu leisten und könnten sonst an der Förderung von Klimaschutzmaßnahmen nicht teilhaben. Zu bedenken ist dabei auch, dass der Klimaschutz eine freiwillige Aufgabe ist. Freiwillige Aufgaben zu finanzieren, ist eine besondere Herausforderung gerade für finanzschwache Kommunen. Daher „Daumen hoch“ für die vorgesehene Vollfinanzierung.

So sehr wir die erhöhten Förderanstrengungen von Bund und Land begrüßen, auf einen Wermutstropfen muss ich dabei dennoch hinweisen:

Fördermittel zu beantragen ist ein zum Teil sehr schwieriges Geschäft. Der Förderdschungel ist groß und dicht und schwer zu durchdringen. Gerade kleine Kommunen haben ihre Schwierigkeiten, Förderanträge zu stellen, zumal sie personell nicht so breit aufgestellt sind. Das hat zuweilen zur Folge, dass zwar Fördermittel ausreichend vorhanden sind, diese aber nicht in Anspruch genommen werden, weil man an den bürokratischen Hürden scheitert. Ich verweise da auf die Studie mit dem bezeichnenden Namen „Wer schon viel hat, dem wird noch mehr gegeben“ vom Berlin-Institut. Hier, bei den Förderstrukturen, brauchen die Kommunen Unterstützung.

Man muss daher schauen, wie man gute Strukturen schaffen kann, um die Kommunen bei der Planung, Beantragung und auch bei der Durchführung von Förderprojekten zu unterstützen und zu begleiten. An dieser Stelle möchte ich aber festhalten: Ein starker Partner an der Seite der Kommunen ist die Energieagentur Rheinland-Pfalz, bei der ich mich an dieser Stelle für die hervorragende Unterstützung ausdrücklich bedanken möchte.

Der Landkreistag hat im vergangenen Jahr mit der Energieagentur eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen, die sehr effektiv gelebt wird. Wir haben uns z. B. auf einen regelmäßigen Austausch gemeinsam auch mit dem Kompetenzzentrum für Klimawandelfolgen verständigt und sprechen hier beispielsweise über ein Feedback zu Förderprogrammen, also etwa zu der Frage, wo klemmt es bei Programmen oder wie können sie leichter gehandhabt werden. Hier stehen wir in einem engen und vertrauensvollen Austausch.

Bei all den guten Förderprogrammen, wie etwa der Solaroffensive des Landes oder auch der Förderung von Radwegekonzepten, möchte ich auf eines hinweisen: Die beste Unterstützung für Kommunen dabei, Klimaschutzmaßnahmen anzugehen, erreicht man dadurch, dass man die Kommunen grundsätzlich finanziell besser ausstattet. Ein Beispiel: ein Klimaschutzmanager ist ein ganz wichtiger Player beim kommunalen Klimaschutz. Die Klimaschutzmanager in diesem Land leisten hervorragendes für den Klimaschutz. An dieser Stelle ein ganz herzlicher Dank an Sie alle in den Kreisen und in den Kommunen für Ihre wertvolle Arbeit. Nach der befristeten Förderung eines Klimaschutzkonzeptes stehen Kommunen aber vor der Frage, ob sie sich einen Klimaschutzmanager noch weiter, vielleicht auf Dauer leisten können. Hier geben Förderprogramme keine Antwort mehr, hier braucht es eine auskömmliche Finanzausstattung für Kommunen, damit gute Klimaschutzmaßnahmen nicht eine zeitlich befristete Aktion sind, sondern verstetigt werden können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte einen weiteren Schwerpunkt des Konjunkturpakets ansprechen: die Nationale Wasserstoffstrategie. Der Landkreistag hat im vergangenen November in einer Sondersitzung der Landrätinnen und Landräte gemeinsam mit dem Umweltministerium und Vertretern der Wasserstoffwirtschaft über die Potentiale einer dezentralen

Wasserstoffstrategie beraten. Wasserstoff wird ein Schlüsselrohstoff für eine erfolgreiche Energiewende sein. Die Wasserstofferzeugung und -nutzung ist ein strategischer Zukunftsmarkt, den es zu erschließen gilt. Vor allem der CO₂-freie grüne Wasserstoff eröffnet den Kommunen Chancen der regionalen Wertschöpfung. Er kann durch Windkraftanlagen, Solaranlagen oder in Müllheizwerken erzeugt werden und vor Ort für den Antrieb von Bussen im ÖPNV oder von Müllfahrzeugen, im Schienenverkehr als Ersatz für dieselbetriebene Züge oder im Schwerlastverkehr sowie für den Antrieb von Fähren genutzt werden. Damit kommt grüner Wasserstoff den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort, auch im ländlichen Raum unmittelbar zugute.

Welche Rahmenbedingungen brauchen wir dafür? Wir brauchen für die Wasserstofferzeugung und -nutzung, die derzeit noch nicht konkurrenzfähig ist auf dem Markt, eine kraftvolle Anschubfinanzierung, um den Markthochlauf anzustoßen. Und wir brauchen eine Förderung auch bei den Betriebskosten, um etwa im ÖPNV die derzeit noch höheren Kosten nicht auf Tarife umlegen zu müssen. Zudem müssen den Kommunen Möglichkeiten sowohl der wirtschaftlichen Betätigung bei der Wasserstofferzeugung und -nutzung unbürokratisch offenstehen als auch Modelle der interkommunalen Zusammenarbeit sowie der Zusammenarbeit mit Partnern aus der Wirtschaft. Ich verweise an dieser Stelle auf die derzeit entstehenden Partnerschaften, insbesondere auf das SmartQuart Projekt in Kaisersesch im Landkreis Cochem-Zell, eines der Reallabore zur Wasserstofferzeugung und Nutzung von Wasserstoff in Zusammenarbeit mit Westenergie.

Untrennbar mit einer Wasserstoffstrategie verbunden ist ein beschleunigter und verstärkter Ausbau der Erneuerbaren Energien. Wir brauchen sehr viel mehr Windkraftanlagen, aber der Ausbau stockt derzeit. Um hierfür die

Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern zu steigern, sind nicht nur praktische Abstandsregelungen wichtig, auch sollten die Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen vor Ort vom Ausbau der Windkraft finanziell profitieren können. Hier wurden mit der kürzlich erfolgten Änderung des EEG Schritte in diese Richtung vollzogen, wenngleich wir uns hier auch eine stärkere Verpflichtung bei der Abgabe zugunsten der Kommunen vor Ort hätten vorstellen können.

Aber nicht nur bei der Windenergie, auch bei der Fotovoltaik und bei der Bioenergie müssen wir weiter vorankommen. Bei den erneuerbaren Energien eröffnen sich auch insbesondere bemerkenswerte Potenziale regionaler Wertschöpfung für die Kommunen. Wie erneuerbare Energien, wie Klimaschutz zum Wohlstand vor Ort beitragen kann, dafür ist der Rhein-Hunsrück-Kreis ein gutes und prominentes Vorbild, das auch international Anerkennung erhält. Aber nicht nur dort, sondern in den Kommunen im ganzen Land gibt es hervorragende Beispiele, wie Klimaschutz vor Ort gelingen kann und wie die Menschen vor Ort daran profitieren können. Ich möchte nur beispielhaft die Klimaschutzaktivitäten in unseren Landkreisen erwähnen, etwa im Kreis Mainz-Bingen, im Kreis Ahrweiler, im Kreis Germersheim - mit dem Klimawandel-AnpassungsCOACH, im Rhein-Pfalz-Kreis, um nur einige herauszugreifen. Weil man beim Klimaschutz das Rad nicht in jeder Kommune neu erfinden muss, sondern abgucken und nachmachen ausdrücklich zu empfehlen ist, haben die kommunalen Spitzenverbände auf Anstoß des Landkreistages zusammen mit der Energieagentur Rheinland-Pfalz und mit Unterstützung des Kompetenzzentrums für Klimawandelfolgen eine Best Practice-Pressereihe mit dem Namen Kommunen Machen Klima ins Leben gerufen. Im Zweiwochentakt veröffentlichen wir gute Beispiele für Klimaschutzmaßnahmen in den Kreisen, Städten und Gemeinden und regen so zum Nachmachen in den Kommunen an, die sich ebenfalls stärker engagieren wollen und gute Ideen daher gerne

aufgreifen. Auf unseren Homepages kann man die Beiträge abrufen. Schauen Sie mal rein, es lohnt sich.

Ich möchte zum Schluss noch zwei weitere Bereiche ansprechen:

Einmal die energetische Sanierung von kommunalen Gebäuden. Auch hier gibt es Verstärkungen in der Förderung. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die CO₂-Bepreisung ab diesem Jahr bei Heizöl und Erdgas greift, was in den Kommunen zu höheren Betriebskosten in der Gebäudenutzung führen wird. Es lohnt sich daher, sich mit dem Thema der energetischen Sanierung und mit dem Umstieg auf klimafreundliche Alternativen zu beschäftigen, zumal, wenn hier der Staat finanziell unter die Arme greift. Auch hier wieder die Frage: welche Rahmenbedingungen sind noch zu schaffen und auszubauen? Bei der energetischen Sanierung kommunaler Gebäude sowie bei der Planung von Neubauten müssen die Lebenszykluskosten in der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung stärker Berücksichtigung finden. Beim Bau oder der Sanierung zunächst teurere klimafreundliche Konzepte müssen unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit und damit vor dem Hintergrund der Lebenszykluskosten den vermeintlich kostengünstigeren baulichen Konzepten gegenübergestellt werden. Die nachhaltigere Variante muss dann auch einer Rechnungshofsprüfung standhalten können, eben weil sie auf längere Sicht die nachhaltigere und ressourcenschonendere Lösung ist. Die energetische Sanierung von Gebäuden und die Förderprogramme hierzu werden Landkreistag und Energieagentur in ihrer gemeinsamen Arbeitsgruppe Klimaschutz und Klimaanpassung in der nächsten Sitzung im März in den Fokus stellen und mit den Kreisen erörtern. In diesem Zusammenhang möchte ich im Übrigen auch die verstärkte Förderung von Holz als Baustoff durch den Bund und das Land erwähnen, die wir sehr begrüßen. Sie ist ein wichtiger Teil des umfangreichen Programms zum Schutz

unserer Wälder, die eine so zentrale Rolle bei der CO₂-Reduzierung in der Atmosphäre spielen.

Lassen Sie mich abschließen mit einem für den Klimaschutz ebenfalls sehr wichtigen Baustein, der auch Teil der Konjunkturpakete ist:

Der Digitalisierung. Digitalisierung erspart Wege und trägt auf diese Weise ebenfalls zum Klimaschutz bei. Homeoffice und wohnortnahe Arbeitsorte in sog. CoWorkingspaces tragen nicht nur dazu bei, ländliche Räume als Wohnorte attraktiver zu machen, hier werden auch Beiträge zur Entlastung des Straßenverkehrs geleistet. Vor allem Coworkingspaces vereinen die Vorteile von Heimarbeit mit der Teamarbeit und dem sozialen Austausch am Büroarbeitsplatz. Da sie in den ersten zwei, drei Jahren eines Zuschusses bedürfen, um sich tragen zu können, sollten sie verstärkt gefördert werden. In ländlichen Räumen kann hier zudem zu einer Belebung der Dörfer etwa durch Nutzung von Leerständen beigetragen werden. Aber auch für die Innenstädte können CoWorkingspaces eine interessante Variante der Innenstadtbelebung darstellen.

Zum Schluss meines Vortrages möchte ich mich bedanken beim Umweltministerium und der Energieagentur für die gute Zusammenarbeit. Ihnen, Frau Ministerin Spiegel und Herr Staatssekretär Dr. Kleemann möchte ich noch alles Gute und viel Erfolg in Ihren neuen Funktionen wünschen.

Ich möchte meinen Impuls beenden mit der Hoffnung und Erwartung, dass die Corona-Konjunkturprogramme dem Klimaschutz einen kräftigen Schwung verleihen, den wir auch auf lange Sicht aufrechterhalten, nutzen und verstärken können. Wenn die Kommunen die Chancen regionaler Wertschöpfung durch

Klimaschutzmaßnahmen und den Ausbau erneuerbarer Energien ergreifen und nutzen können, wenn hierfür gute Rahmenbedingungen bestehen und auch weiter geschaffen werden, dann bin ich zuversichtlich, dass der Klimaschutz in den Kommunen von den Konjunkturprogrammen profitieren kann.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!